

Antwort Wahlprüfsteine LSVD 2019



Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Sachsen hat Wahlprüfsteine an alle Parteien versendet, die zur Landtagswahl 2019 in Sachsen antreten.

Die Antworten der AfD Sachsen (aus dem LFA4) finden sich blau unter der jeweiligen Frage.

Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD) Sachsen zur Landtagswahl des siebten Sächsischen Landtages

Präambel

Politik hat die Aufgabe, ein diskriminierungsfreies Lebensumfeld für alle zu schaffen. Sie muss es allen Menschen garantieren können, zu jederzeit, an jedem Ort und ohne Angst vor Anfeindung verschieden sein zu können; Sei es in der Schule, im Sportverein, im Pflegeheim, im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz. Respekt heißt die Formel für gutes gesellschaftliches Zusammenleben.

1. „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“ fortführen – Unterstützungsstrukturen absichern

Seit 2017 hat Sachsen einen „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“. In der neuen Legislaturperiode kommt es darauf an, diesen Aktionsplan zu evaluieren, ihn fortzuführen und auch finanziell im Haushalt zu untersetzen. Ferner müssen Projekte und Vereine der LSBTI*-Selbsthilfe langfristig abgesichert werden.

1.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Landesaktionsplan im Dialog mit LSBTI-Vereinen weiterentwickelt und mit verbindlichen Maßnahmen fortgeschrieben und finanziell abgesichert wird?*

Die AfD wird den Landesaktionsplan weder finanziell noch ideell unterstützen, sondern sich in erster Linie für den verfassungsgemäßen Schutz und Förderung der Familie aus Vater, Mutter und Kindern einsetzen.

1.2. Welche Vorschläge haben Sie, um sicherzustellen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Sachsen eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?*

Solche Projekte sollten durch Spenden interessierter Kreise privat finanziert werden. Steuermittel will die AfD dafür nicht einsetzen.

2. Respekt und Vielfalt in Schule und Bildungsarbeit vermitteln

Schulen sollen Orte sein, an denen sich alle Schüler*innen sicher und wertgeschätzt fühlen. Dies ist jedoch oft nicht der Fall. So sind für LSBTI*-Kinder und Jugendliche an vielen Schulen Ausgrenzung und Mobbing ein Problem – mitunter bis zu Gewalt. Ausgrenzung, Einschüchterung und der Zwang, sich zu verleugnen, bedeuten starke psychische Belastungen. Gesellschaftliche Vielfalt gehört zum heutigen Alltag und Schule muss darauf vorbereiten. Das ist originär Bestandteil ihres Bildungsauftrags, damit Kinder und Jugendliche ein positives und akzeptierendes Selbstbild entwickeln und sich gegen Diskriminierungen behaupten können.

2.1. Wie wollen Sie LSBTI-Themen in die Rahmenlehrpläne / Curricular aller Schularten verankern?*

Die AfD wird LSBTI*-Themen nicht verstärkt in Rahmenlehrplänen verankern. Diese sind in einer altersgemäßen, respektvollen Weise zu thematisieren, aber nicht aufzudrängen. Für die AfD steht eine Erziehung zur Toleranz im Vordergrund, Akzeptanz zu fordern widerspricht dem Überwältigungsverbot und ist daher abzulehnen. Die Eltern haben das Primat in der Erziehung.

2.2. Welche Ideen haben Sie, um sicherzustellen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien (bspw. Schulbücher und Arbeitsblätter) für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich, sowie in der Sekundarstufe 1 und 2 angeboten werden?

k.A.

2.3. Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare regelmäßig angeboten werden?

Nein. Die AfD sieht bei diesen Themen keinen erhöhten Aktionsbedarf. Wir setzen uns ein für eine altersgemäße Aufklärung zur Sexualität, mit Schwerpunkt auf der mehrheitlich heterosexuellen Ausprägung und einem positiven Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern.

2.4. In Österreich gab es heftige Kritik an dem Aufklärungsworkshops des christlich-fundamentalistischen Vereins Teenstar. Dieser Verein ist unter dem Namen Teenstar Deutschland auch in Sachsen aktiv und war bereits an sächsischen Grundschulen. Wollen Sie dafür sorgen, dass religiös-fundamentalistische Organisationen und Initiativen wie beispielsweise Teenstar Deutschland keinen Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen in der Verantwortung des Freistaates Sachsen bekommen?

Nein. Der Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen steht in der Verantwortung der Träger bzw. Schulleitungen. Der inhaltliche Rahmen ist durch das Bildungsministerium zu bestimmen.

3. Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken

Diskriminierung und Anfeindungen gegenüber LSBTI* im Alltag sind noch nicht überwunden. Anfeindungen in der Öffentlichkeit gehören für viele LSBTI* immer noch zur Lebensrealität. Oftmals schränken sie sich in der Öffentlichkeit ein, um nicht als LSBTI* aufzufallen und zum Angriffsziel zu werden. Homophobe und transfeindliche Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI*, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird.

3.1. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, die Opfer hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten wurden?

Die AfD plant hier keine speziellen Maßnahmen, ist jedoch offen für Vorschläge, um den Opferschutz auch in diesem Bereich zu stärken. Opferschutz geht vor Täterschutz, jedoch auch der Rechtsschutz. Insbesondere sind Vorverurteilungen abzulehnen, solange die Straftaten nicht gerichtlich festgestellt wurden. --> LFA5

3.2. Unterstützen Sie die Benennung von hauptamtlichen Ansprechpersonen für LSBTI* bei der Landespolizei und bei den Staatsanwaltschaften in Sachsen?

Nein. Alle Beamten sollten jedoch mit den besonderen Befindlichkeiten dieser Personengruppe vertraut gemacht werden, um Missverständnisse oder gar Diskriminierung zu vermeiden.

3.3. Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homophober und transfeindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Sachsen extra ausgewiesen werden?

Eher nicht, der Freistaat Sachsen hat andere Tätergruppen mit höherer Priorität zu beachten.

4. Familienvielfalt stärken

Tausende Kinder wachsen derzeit in Deutschland in Familien mit mindestens einem lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und/oder intergeschlechtlichem Elternteil auf. Eine moderne Familienpolitik sollte alle Menschen unterstützen, die Kindern in ihrem Leben einen Platz geben und ihnen helfen zu wachsen und sich gut zu entwickeln. Es gibt vielfältige Formen von Familie. Regenbogenfamilien gehören genauso dazu, wie Mehreltermodelle oder auch Alleinerziehende.

4.1. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags in Sachsen zu fördern?

Die AfD sieht in diesem Bereich keine erhöhten Prioritäten. Es handelt sich hier um sehr kleine Minderheiten. Die AfD vertritt generell den Toleranzgedanken des Grundgesetzes.

4.2. Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

Die AfD plant keine solchen Schritte, sondern möchte die klassische Familie stärken.

5. Respekt und Akzeptanz von LSBTI* in der sächsischen Arbeitswelt erhöhen

Die Akzeptanz von LSBTI* in der Arbeitswelt ist deutlich gestiegen. LSBTI*-Beschäftigte erleben jedoch am Arbeitsplatz leider immer noch Ausgrenzung, Mobbing und Diskriminierung. Viele Institutionen und Positionen sind offen schwul oder lesbisch lebenden Menschen faktisch weiterhin verschlossen. Nicht wenige fühlen sich immer noch genötigt, ihre sexuelle Orientierung zu verbergen und ein Doppelleben mit heterosexueller Fassade zu führen, insbesondere am Arbeitsplatz. Trans- und intergeschlechtliche Menschen machen ähnliche Erfahrungen. Es gilt eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt zu verwirklichen.

5.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz - d.h. den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt - von Führungskräften im sächsischen Landesdienst zu erhöhen?

Die AfD plant keine speziellen Maßnahmen, will aber das Primat des Toleranzprinzips des Grundgesetzes stärken, um solche Diskriminierungen zu vermeiden.

5.2. Beabsichtigen Sie Maßnahmen zu ergreifen, um bei privatwirtschaftlichen Unternehmen und kirchlichen Trägern für die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten zu werben und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu fördern? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie hierzu?

Die AfD plant keine Maßnahmen, welche in die Autonomie von Unternehmen oder Körperschaften über die von unserer Rechtsordnung gesetzten Grenzen hinaus eingreifen.

6. Vielfalt im Sport stärken – gleichberechtigte Teilhabe fördern

Auch wenn viele Fußball- und Sportvereine auf Profi- und Amateurebene mittlerweile aktiv Homophobie und Transfeindlichkeit entgegenwirken, kommt es in den Stadien und auf Sportplätzen immer wieder zu homophoben und transfeindlichen Entgleisungen. In Sporthallen und auf Fußballplätzen werden abwertende Einstellungen geprägt und verstärkt. Wir brauchen in Sachsen ein nachhaltiges Programm gegen Homophobie und Transfeindlichkeit im Sport.

6.1. Werden Sie sich zukünftig dafür einsetzen, dass im Sport Antidiskriminierungsregeln, Vereinssatzungen und Stadionordnungen in der Art ergänzt werden, dass keine Person aufgrund ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden darf und die Sportarten allen Menschen gleichsam offen stehen?

Selbstverständlich. Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein hohes Gut. Gleichwohl sind im Sport wie anderswo auch abweichende Meinungen, sofern respektvoll vertreten, zu tolerieren.

6.2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünde sowie weitere Sportinstitutionen in Sachsen ankommt?

Die AfD sieht hier nicht ihre vordringliche Aufgabe.

7. Queere Geflüchtete schützen - LSBTI*-inklusive Integration sicherstellen

In zahlreichen Ländern dieser Welt droht LSBTI* Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. Einige fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung nach Deutschland. Noch immer gibt es beträchtliche Hürden für verfolgte LSBTI* in Deutschland anerkannt zu werden. Damit für sie faire und qualifizierte Asylverfahren tatsächlich gewährleistet sind, muss ihre Situation kultursensibel und kompetent berücksichtigt werden. Auch unter den in Sachsen lebenden Migrant*innen gibt es LSBTI*. Sie erfahren häufig auch rassistische Diskriminierung, nicht selten auch in der LSBTI*-Community.

7.1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die standortspezifische Betreuung von LSBTI-Geflüchteten und die Sensibilisierung der Gesellschaft für dieses schutzbedürftige Gruppe weiterhin gefördert wird?*

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Minderheiten – auch unter Ausländern – den notwendigen Schutz vor Diskriminierung erhalten. Dies beschränkt sich nicht auf LSBTI*-Personen.

7.2. Wie wollen Sie dem Thema Mehrfachdiskriminierung von LSBTI-Migrant*innen begegnen?*

Siehe 7.1.

8. Akzeptanz von Vielfalt in allen Lebensaltern verwirklichen

Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In dieser Phase fällt für LSBTI* zumeist ihr Coming-out. Ihre Lebenssituation wird daher zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTI*. Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie und sozialen Kontakten, der für LSBTI* aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität massive Auswirkungen hat. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTI* ausgerichtet. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte jedoch in allen Lebensphasen verwirklicht werden.

8.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um eine kultursensible Unterstützung, Pflege und Versorgung von älteren LSBTI zu gewährleisten?*

Die AfD sieht hier keinen erhöhten Handlungsbedarf.

8.2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten?

Lehrer und Erzieher werden bereits jetzt darin fortgebildet, dieses Thema mit der nötigen Professionalität zu behandeln. Medial wird Homosexualität ausführlichst thematisiert. Es besteht daher aus unserer Sicht kein erhöhter politischer Handlungsbedarf.

9. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von LSBTI* fügen Menschen schweren Schaden zu. Psychiatrie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen müssen LSBTI* vorurteilsfrei gegenüberreten. Menschen im Gesundheitsbereich befürchten oft negative Reaktionen, wenn sie ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität ansprechen müssen. Das beeinträchtigt die gesundheitliche Versorgung. In der Aus- und Fortbildung im Gesundheitswesen sind generell Themenbereiche wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Trans- und Intergeschlechtlichkeit sowie die Auswirkungen von Homophobie und Transfeindlichkeit stärker zu berücksichtigen. Diskriminierung kann krank machen.

9.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans- und intergeschlechtlichen Menschen hinzuwirken?

Die AfD plant keine speziellen Maßnahmen in diesem Bereich.

9.2. Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?*

Die AfD steht diesem Anliegen offen gegenüber, sieht jedoch keine Priorität.

10. Keine Zusammenarbeit mit homophoben und transfeindlichen Parteien

10.1 Mit welchen Parteien werden Sie in der neuen Legislaturperiode nicht zusammenarbeiten bzw. Koalitionsgespräche führen?

Ganz sicher nicht mit den Grünen, der SPD oder der Linken. Im Übrigen sind uns keine im Landtag vertretenen Parteien bekannt, die als Partei homophob oder transfeindlich wären.

Antworten von Dr.-Ing. Jörg Bretschneider (Leiter LFA 4 Familie und Demografie)